

EDITORIAL



❖ Die Bundestagswahl am 22. September hat zwei Gewinner und zwei Verlierer hervorgebracht. Der erste Gewinner ist die Union, die nach dem schmerzlichen Absturz vor vier Jahren wie ein Phoenix aus der Asche der Spendenaffäre wiederauferstand und von allen Parteien mit 3,3 Prozentpunkten am stärksten dazugewann. Nur noch weniger als 9000 Zweitstimmen trennen sie von der SPD. Weitgehend konfliktfrei hatten sich CDU und CSU auf Edmund Stoiber als gemeinsamen Kanzlerkandidaten geeinigt und dann einen themenorientierten Wahlkampf aus einem Guss durchgeführt. Der zweite Gewinner sind die Grünen, die mit einem Zuwachs von 1,9 Prozentpunkten zur drittstärksten Fraktion im Bundestag aufrückten. Thematisch haben dies die Flut an Elbe und Mulde sowie die Furcht vor einem US-Schlag gegen den irakischen Diktator bewirkt, befördert durch einen professionellen Wahlkampf ihres Spitzenkandidaten Joschka Fischer. Eindeutiger Verlierer der Wahl ist die PDS, die an der 5-Prozent-Hürde scheiterte und nun nur mit zwei fraktionslosen Abgeordneten im Bundestag vertreten ist. Zweiter Verlierer der Wahl ist die SPD unter Gerhard Schröders Führung, die 2,4 Prozentpunkte Verluste im Vergleich zur Bundestagswahl von 1998 in Kauf nehmen musste. Und dennoch kann der Verlierer dank der Zugewinne seines grünen Koalitionspartners im Amt bleiben. Die FDP ist Gewinner und Verlierer zugleich. Die Partei von Guido Westerwelle, der sich als Kanzlerkandidat einer kleinen Partei in die Annalen der deutschen Geschichte einschreiben wollte, hat immerhin 1,1 Prozentpunkte zugelegt, aber mit 7,4 Prozentpunkten das selbst gesteckte Ziel von 18 Prozent grandios verfehlt. Dazu hat die mit anti-

semitischen Ressentiments geprickte persönliche Wahlkampagne des Jürgen W. Möllemann beigetragen. Vor wenigen Wochen noch war der FDP in demoskopischen Analysen ein zweistelliges

Ergebnis vorausgesagt worden. Hätte die FDP dieses erreicht oder hätte die Schill-Partei, für die sich immerhin fast 400 000 Wähler entschieden, auf eine Kandidatur verzichtet, könnte nun die Union den Kanzler stellen. Aber solche Überlegungen sind müßig, sie vermögen die Fakten nicht zu verändern. Tatsachen sind, dass Gerhard Schröder für die kommenden vier Jahre über eine knappe, aber vielleicht deshalb umso stabilere Mehrheit verfügt, dass die rot-grüne Koalition im Wahlkampf ungeheure nicht erfüllbare Erwartungen geweckt hat, dass Bundeskanzler Schröder im Wahlkampf kostbares außenpolitisches Porzellan zerschlagen hat und dass die rot-grüne Koalition in dieser Legislaturperiode mit einer Opposition der Union rechnen muss, die zu einer wirksamen Geschlossenheit gefunden hat. Im nächsten Heft der *Politischen Meinung* werden Sie Analysen des Wahlkampfes, seines Ergebnisses und seiner Folgen finden.

Zur grundlegenden Voraussetzung einer stabilen Demokratie gehört Toleranz. Unser Schwerpunkt in diesem Monat ist dieser Haltung gewidmet, die nicht weniger als eine eigene Position voraussetzt. Die Mehrzahl der Beiträge zu unserem Toleranz-Schwerpunkt basieren auf Vorträgen einer Tagung der Katholischen Akademie Bayerns. Wir danken ihrem Direktor, Florian Schuller, für die Erlaubnis zur Veröffentlichung.



Wolfgang Bergdorf